Kinder fördern statt Fahrdienste: Chancenjahr in der Kita etablieren

Drucksache **18/18087** · eingebracht 2026-03-12 — Antragsteller: **SPD**

Bildung | Soziales | Familie | Kinder | Frühkindliche Bildung

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag lehnt die landesregierungsgeplante Einführung von defizitorientierten Gruppensprachkursen ab und fordert stattdessen ein ressourcenreiches, ganzheitliches Chancenjahr in der Kita mit individueller Förderung, starker Kooperation zwischen Kita und Schule sowie Stärkung der Familienzentren.

KERNFORDERUNGEN

- Ablehnung der ABC-Klassen
- Etablierung eines Chancenjahrs in der Kita
- Ganzheitliche Förderung (Sprache, Motorik, Sozial-emotional)
- Stärkung der Kooperation Kita-Grundschule über Familienzentren
- Vermeidung unnötiger Kindertransporte

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag setzt konsequent auf die Stärkung der Kita als gemeinwohlorientierten Bildungs- und Lebensort für Kinder — ein zentrales GWÖ-Anliegen. Er fordert ganzheitliche, alltagsintegrierte Förderung (D1, D4), stärkt soziale Teilhabe durch Familienzentren (D2), verankert Mitbestimmung via Kooperation von Kita/Schule und Beteiligung der Träger (D5, E5), und schützt ökologische Ressourcen durch Vermeidung unnötiger Transporte (C3, D3). Einzig das Feld A1 (Lieferant:innen) bleibt unberührt, da keine Beschaffungsregelungen formuliert werden.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Ganzheitlicher Förderansatz
- Vermeidung von Stigmatisierung
- Systemische Kooperation Kita-Schule
- Ökologische Ressourcenschonung durch Vermeidung von Transporten

Schwächen

- Keine konkrete Finanzierungsquelle benannt
- Keine klare Verankerung von Tariftreue für neu eingestelltes Fachpersonal

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	++	++	++	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	+

++ stark fördernd | + fördernd | ○ neutral | - widersprechend | -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 **Menschenwürde im lokalen Raum** `Bewertung: +5`

Kindeswohl, Schutz vor Stigmatisierung, individuelle Förderung

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +5`

Ganzheitliche Förderung (Sprache, Motorik, Sozial-emotional) in der Kita

D2 **Solidarität im lokalen Raum** `Bewertung: +4`

Familienzentren als Anker, Kooperation Kita/Schule/Jugendhilfe

D3 **Ökologische Nachhaltigkeit im lokalen Raum** `Bewertung: +4`

Vermeidung von 200 Mio. € Logistik-Kosten für Busse/Taxen

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt Kernforderungen des SPD-Wahlprogramms 2022 wider: gebührenfreie frühkindliche Bildung, Ganztagsschule als Ort des sozialen Miteinanders, Überwindung von Benachteiligung durch frühe Förderung und systematische Kooperation zwischen Kita und Schule.

> „Wir wollen Schulen, in denen Kinder mit körperlichen, geistigen oder emotionalen Herausforderungen jederzeit willkommen sind. Nicht die Kinder und ihre Eltern sind das Problem, sondern die aktuellen Rahmenbedingungen."
> SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 28

PARTEIPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht dem Hamburger Programm in seiner Betonung von Bildungsgerechtigkeit, sozialer Durchlässigkeit, frühkindlicher Förderung und dem Recht auf Bildung für alle unabhängig von Herkunft.

> „Wir wollen die Ganztagsschule ausbauen – als Ort des Lernens und des sozialen Miteinanders. Sie wird neben der Familie zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen."
> SPD Grundsatzprogramm 2007, S. 64

CDU

WAHLPROGRAMM

7/10

Der Antrag ist kompatibel mit CDUs Fokus auf frühkindliche Bildung (KiBiz), Familiengründungsförderung und Sprachförderung, widerspricht aber ihrer Position zur 'defizitorientierten' Kritik an der Landesregierung nicht direkt — stattdessen bietet er eine konstruktive Alternative. Kein Widerspruch zu Kernpositionen.

> „Wir werden die bestehenden Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut weiterentwickeln. Dabei bauen wir auf unseren Programmen „Zusammen im Quartier", „Kein Kind ohne Mahlzeit", „Kinderstark" und „Kommunale Präventionsketten" auf."
> CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 59

PARTEIPROGRAMM

7/10

Passt zum CDU-Grundsatzprogramm 2024: 'Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft! Kinder, die kein Deutsch können, müssen wir stärker unterstützen.' Auch die Betonung von 'sozialer Herkunft' als Ausgangspunkt für Förderung korrespondiert mit dem Menschenbild.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag deckt sich nahtlos mit grünen Kernforderungen: ganzheitliche frühkindliche Bildung, Inklusion, Familienzentren, Verkehrswende (keine Busfahrten), Partizipation und evidenzbasierte Politik. Die Ablehnung von Defizitlogik und Stigmatisierung entspricht explizit dem grünen Menschenbild.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

9/10

Der Antrag verkörpert die grüne Leitidee einer 'sozial-ökologischen Transformation', indem er Bildungsgerechtigkeit, Ökologie (Vermeidung von Transporten) und Demokratie (Kooperation aller Akteure) zusammenführt.

> „Die Grundlagen für einen guten Bildungsweg werden in der frühen Kindheit gelegt. Unterschiede bei den sozialen Voraussetzungen werden vor allem durch eine flächendeckende, qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung ausgeglichen."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 93

FDP

WAHLPROGRAMM

4/10

Der Antrag widerspricht der FDP-Politik in mehreren Punkten: Er fordert staatliche Regulierung (verbindliches Chancenjahr), massive öffentliche Investitionen (statt Entlastung), und lehnt technologieoffenen Ansatz ab zugunsten pädagogischer Qualität. Die FDP betont Eigenverantwortung, nicht staatliche Strukturvorgaben.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

3/10

Der Antrag steht im Widerspruch zum FDP-Grundsatzprogramm: 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung', 'schlanker Staat', 'Marktwirtschaft'. Die Forderung nach verbindlichen Ressourcen, verpflichtendem Kita-Besuch und staatlich gesteuerten Kooperationsstrukturen widerspricht diesen Prinzipien fundamental.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 1/10

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Positionen: Er setzt auf frühkindliche Förderung für alle, inklusive Migrantenkinder, was der AfD-Forderung nach strikter Begrenzung widerspricht. Die Betonung von Mehrsprachigkeit, Inklusion und 'sozialer Herkunft' steht im Kontrast zur AfD-Ideologie von 'deutscher Leitkultur' und 'Leistungsprinzip'.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 2

Original: für Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf eine Förderdiagnostik, um einen individuellen Förderplan zu erstellen.

für Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf **eine multiprofessionelle Förderdiagnostik unter Einbeziehung von Erzieher*innen, Sprachtherapeut*innen und Pädagog*innen**, um einen individuellen Förderplan zu erstellen.

Begründung: Stärkt das Feld C3 (Politische Führung/Verwaltung): Verankerung multiprofessioneller Zusammenarbeit im System selbst — entspricht GWÖ-Wert 'Solidarität' und 'Soziale Gerechtigkeit'

Vorschlag 2 von 2

Original: die frühkindliche Bildung in der bildungspolitischen Agenda zu priorisieren

die frühkindliche Bildung als zentrale Säule der Gemeinwohl-Ökonomie in der bildungspolitischen Agenda zu priorisieren und ihre Finanzierung nach dem Gemeinwohl-Matrix-Prinzip (GWÖ-Matrix 2.0) auszugestalten.

Begründung: Verankert GWÖ-Logik explizit im Antrag — stärkt Feld B2 (Finanzpartner:innen) und macht den Bezug zur Gemeinwohl-Ökonomie operationalisierbar

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Überwiesen · MMP18-119

Ja: AfD CDU FDP GRÜNE SPD

Original-Antrag

Drucksache 18/18087

Kinder fördern statt Fahrdienste: Chancenjahr in der Kita etablieren

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/18087**

10.03.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

Kinder fördern statt Fahrdienste: Chancenjahr in der Kita etablieren

I. Ausgangslage

Mehr als jedes dritte Kind in Nordrhein-Westfalen startet in der Schule mit Auffälligkeiten. 33,1 Prozent der Kinder weisen nach Auskunft der Landesregierung nicht ausreichende Sprachkenntnisse auf.

Es besteht ohne Zweifel dringender Handlungsbedarf, um die Bildungschancen und die Entwicklung von Kindern besser und gerechter zu gestalten und ihre Lernvoraussetzungen im Übergang zur Schule zu verbessern.

Ungleiche Ausgangslagen können in der Kita ausgeglichen werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung, zu der alle Kinder gleichermaßen Zugang haben, die Entwicklungschancen von Kindern positiv beeinflussen kann. Darunter fallen vor allem auch die sozial-emotionale und die motorische Entwicklung. Gleiches gilt für den Spracherwerb. Es ist noch nicht lange her, da wusste auch die nordrhein-westfälische Landesregierung: „Die in den letzten Jahren gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Praxiserfahrungen zeigen, dass es vor allem eine systematische alltagsintegrierte Sprachbildung ist, die die sprachliche Entwicklung der Kinder fördert. Eine sprachanregende Umgebung im pädagogischen Alltag der Kindertagesbetreuung bietet dafür viele Anlässe. Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, sprachliche Bildung möglichst früh zu beginnen und alle Kinder von Beginn an zu erreichen. Sprachbildung und Beobachtung soll integriert im pädagogischen Alltag stattfinden.“[1]

Punktuelle Verfahren der Sprachstandsfeststellung wurden abgelöst und durch eine an Qualitätskriterien orientierte Sprachbildung und kontinuierliche Entwicklungsdokumentation in der Kita ersetzt. Der weiteren Stärkung dieses Ansatzes hatte sich auch die Enquetekommission Chancengleichheit in der Bildung verschrieben und sich daher einstimmig für ein Chancenjahr ausgesprochen.

Doch für alle überraschend kamen jetzt Ministerpräsident Hendrik Wüst und Schulministerin Feller dann mit den Gruppensprachkursen mit einer Idee auf, welche die Kompetenz der frühkindlichen Bildung in Kitas außen vor lässt und stattdessen vorschulische Sprachkurse von zwei Mal zwei Stunden pro Woche als neue Doppelstruktur vorsieht. Es ist (allein) die Schule, die bei Anmeldung der Kinder entscheidet, ob diese Vorkurse verpflichtend wahrnehmen müssen.

[1] https://www.kita.nrw.de/fruehe-bildung/sprachbildung/alltagsintegrierte-sprachbildung

Datum des Originals: 10.03.2026/Ausgegeben: 12.03.2026

Was besonders schwer wiegt: Ministerpräsident und Schulministerin vertagen mit ihrem Entwurf die Realisierung überfälliger Maßnahmen um weitere drei Jahre in das Jahr 2029!

Klar ist, dass Sprachkurse nicht mit alltagsintegrierter und einer individuellen Sprachförderung in der vertrauten Umgebung mithalten können. Der Ansatz ist nicht bedarfsgerecht, er ist rein defizitorientiert, nicht kindgerecht und vor allen Dingen durch völlig unverhältnismäßige Nebenkosten immens teuer.

Kinder sollen künftig innerhalb ihrer jeweiligen Kita-Zeit an zwei Wochentagen zu Sprachunterrichtskursen transportiert werden. Die Landesregierung selbst schätzt für Logistik horrende Kosten ein, die der Sprachförderung der Kinder noch gar nicht zugute kommen: Allein 110 Millionen Euro im Jahr für den Transfer der Kinder mit Bussen und Taxen. 71 Millionen Euro für zusätzliche Raumbedarfe. Mehr als 36 Millionen Euro für Unterrichtsmaterial und die Digitalisierung.

Der neue Kita-Alltag eines Gruppensprachkurs-Bus-Kindes

Nimmt man die bisherigen Ausformulierungen als Grundlage, dann gestaltet sich der Besuch der Gruppensprachkurse für ein Kitakind folgendermaßen:

Das Kind kommt zur üblichen Zeit in seiner Kita an. Montags will man eigentlich mit dem besten Freund oder der besten Freundin eine neue Welt bauen, aber das funktioniert nicht, denn nach einer Stunde kommt der Bus und holt einen ab. Eine Begleitung durch die vertraute Erzieherin ist nicht möglich. Der Bus ist erst noch total leer, aber er füllt sich nach und nach, denn eine Kita nach der nächsten wird abgeklappert um weitere Kinder aufzunehmen.

Die Fahrt dauert, gerade in ländlich geprägten Bezirken und endet an einem nicht vertrauten Ort mit langen Gängen und vielen Türen, mit Bildern an den Fenstern und ein paar Spielgeräten. Die benutzt man aber nicht, sondern kommt in einen Raum mit vielen Tischen und Stühlen. Dort setzt man sich hin, um unterrichtet zu werden. Doch bis die ABC-Klasse lernbereit ist, vergeht seine Zeit. Nach dem Unterricht gehen wieder alle zum Bus. Die Kita hat dem Kind ein Lunchpaket gegeben, denn wenn der Bus wieder an der Kita ankommt, haben die anderen Kita-Kinder bereits gegessen und die Kleineren schlafen. Keine Zeit, um noch einen Rest vom Mittagessen aufgewärmt zu bekommen. Was neben dem warmen Essen fehlt: die gemeinsame pädagogische Mahlzeit mit den anderen Kindern der Kita - ein wesentlicher Punkt der frühkindlichen Bildung: der Blick auf das Kind und seine Bedarfe innerhalb seiner Peer-Group in der Kita. Was bleibt: schon vor Schuleintritt ist dieser Ort negativ konnotiert. Dieser Ansatz ist stigmatisierend, er ist gegen Kinderinteressen gerichtet, gegen das Kindeswohl und gegen die gesicherten Empfehlungen wissenschaftlicher Expertise.

Um Chancengleichheit in der Bildung herstellen zu können, ist es wesentlich ein Kind als Persönlichkeit mit seinen Stärken und Schwächen zu betrachten und nicht nur Teile herauszunehmen und diese isoliert behandeln zu wollen. Deshalb sind ein ganzheitlicher, alltagsintegrierter Ansatz und eine individuelle Förderung der Sprachentwicklung, aber auch motorischer und emotional-sozialer Entwicklung in einer gewohnten Umgebung für jüngere Kinder besonders wichtig und erwiesenermaßen erfolgversprechender.

Die Ergebnisse der Enquetekommission ernst nehmen

Die Enquetekommission Chancengleichheit in der Bildung hat sehr deutlich das vorhandene System beschrieben und mögliche Wege zur Stärkung der frühkindlichen Bildung aufgezeigt, die eine Angleichung ungleicher Ausgangslagen bewirken können.

Dabei gilt es rechtzeitig anzusetzen und „die Vor-Kita-Phase systematisch zu stärken und frühzeitige, niedrigschwellige Familienbildung und -beratung bereits vor der Geburt zu verankern. Durch präventive Hausbesuche, Angebote wie Hebammenhilfe, Frühe Hilfen und Beratung in Geburtskliniken sollen Eltern früh über die Bedeutung frühkindlicher Bildung und den Kitabesuch aufgeklärt werden. […] Zur Förderung der Kindesentwicklung sollen Familienzentren, ein der Schule vorgelagertes Chancenjahr sowie U-Untersuchungen gezielt genutzt und rechtliche Grundlagen geschaffen werden, um Daten der Schuleingangsuntersuchungen auszuwerten und für Fördermaßnahmen und Kommunalvergleiche zu verwenden. Bestehende Hilfssysteme (zum Beispiel Jugendhilfe, medizinische Versorgung) sind besser zu koordinieren, zu vernetzen und verbindlich auszugestalten."

Die Enquetekommission sieht einen ganzheitlichen Blick auf die Kinder und ihre Entwicklung vor, dabei geht es um ein Zusammenspiel aller für diese Entwicklungsphase wesentlichen Akteure. Als zentrale Anker werden die unterstützenden Systeme benannt. Für Kita und Grundschule sind dies vor allem die Familienzentren, die als niedrigschwellige Anlaufstellen für Familien gelten und durch die Personalunion mit den Fachkräften wichtige Vertrauenspersonen für Kinder und Eltern darstellen. Damit unterscheidet sich der Vorschlag massiv von der Idee der Gruppensprachkurse, denn hier soll ein zusätzliches nicht angebundenes – also völlig losgelöstes System geschaffen werden.

Die Kritik der Verbände an den Gruppensprachkursen ernst nehmen

Die Kritik an den von der Landesregierung geplanten Gruppensprachkurse ist seit Veröffentlichung des Referentenentwurfs laut und stark. So merkt die LAGE (Landesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativen) in ihrer Stellungnahme an:

„Ein Gesetz, das Bindung schwächt, Sicherheit untergräbt und Kinder frühzeitigselektiert, ist nicht kindeswohlgerecht. Der Aufbau neuer Angebote ist nicht zu rechtfertigen. Stattdessen sollten die vorhandenen Strukturen verlässlich und bedarfsgerecht finanziert werden."

Die Vereinigung der Waldorfkindergärten sieht das Vorhaben ähnlich kritisch und bemängelt vor allem, dass ein Sprachdefizit kein einheitliches Phänomen darstellt, sondern viel mehr viele unterschiedliche Ursachen haben kann und diese ebenfalls Beachtung in der Förderung der Kinder finden müssen, damit die Förderung auch erkennbar wirkt. Die Gewerkschaft GEW zieht die Kritik an den Gruppensprachkurse direkt in die Stellungnahme zur KiBiz-Revision und macht hier deutlich, wo der geeignete Ort der sprachlichen Förderung liegt:

„Die Sprachbildung muss als Regelaufgabe der Kitas gestärkt werden. An dieser Stelle möchten wir anmerken, dass eine von der Kita losgelöste ABC-Klasse zur Förderung der Sprachkompetenz weder nachhaltig noch zielführend ist. Vielmehr muss die Sprachförderung über zusätzliche Sprachförderfachkräften, kleinere Gruppen und multiprofessionelle Teams direkt in der Kita implementiert werden."

Das Kita-Bündnis NRW untermauert in einer Pressemitteilung vom 11.02.2026 die falsche Weichenstellung der Landesregierung weiter:

„Der Gesetzentwurf setzt zum falschen Zeitpunkt der Bildungskette und in einem systemischen Widerspruch zur laufenden KiBiz-Reform an. Er droht, bestehende Probleme zu verschärfen, anstatt effektive und nachhaltige Lösungen zu schaffen […] anstatt frühzeitig in die Qualität der Kitas zu investieren, schaffe das Land neue Parallelstrukturen kurz vor der Einschulung – bei gleichzeitigem Qualitätsabbau im Kinderbildungsgesetz."

Die Kritik macht deutlich, dass der angesetzte Förderort und der Ausschluss der frühkindlichen Bildung bei den Gruppensprachkurse problematisch ist. Die Sachverständigen haben diesem Vorhaben die Gefährdung des Kindeswohls bescheinigt. Das wird noch einmal durch die aktuell ebenfalls im Verfahren befindliche KiBiz-Revision verstärkt. Sie zielt darauf ab, größere Gruppen zu ermöglichen und in Randzeiten weniger qualifiziertes Personal einzusetzen. Die Bedingungen für alltagsintegrierte Sprachförderung und individuelle Förderung in Kitas werden dadurch erschwert. Statt zusätzliche Ressourcen in die Kita zu geben, verschlimmert die Regierung die Bedingungen, verstärkt Probleme, die sie dann durch additive Sprachkurse an einem anderen Ort wieder teuer beheben möchte. Eine ähnliche Richtung schlägt auf die Kritik des Städtetags NRW und des Städte- und Gemeindebundes ein. Christian Schuchardt macht für den Städtetag in einem Artikel der Rheinischen Post deutlich: „Es gilt aber, Transporte zu minimieren, denn das aktuelle Konzept sieht vor, dass ein Großteil dieser ABC-Klassen-Gelder dafür verwendet wird, Hunderttausende Kinder zweimal pro Woche von der Kita in die Schule und zurück zu transportieren."[2]

Der Städte- und Gemeindebund sieht vor allem die fehlende Zusammenarbeit mit der kommunalen Familie möglich: „Ob das Konzept der Landesregierung in der momentan angedachten Form das leisten kann, ist für uns fraglich. Daher forderte das Präsidium die Landesregierung dazu auf, zeitnah Gespräche über die konzeptionelle Ausgestaltung einzuleiten."[3]

Mit diesen beiden Entwürfen wird deutlich, weder Wohl noch Interesse der Kinder stehen für die Landesregierung im Mittelpunkt ihres Handelns. Vor allem verbrennt dieser Vorschlag nach eigenen Angaben der Landesregierung annähernd eine Viertel-Milliarde Euro jährlich für unnötige Logistik und neue Doppelstruktur, während das vorhandene System in den aktuellen Maßnahmen der Landesregierung kaputtgespart wird. Außerdem wird ihm seine bildungspolitische Kernkompetenz genommen, so wird Kita zur Verwahranstalt gemacht. Da ist es nur folgerichtig, dass die im Kindeswohl unverzichtbare Kooperation von Kita und Grundschule beim Übergang in die Schule der Landesregierung in ihrem Gesetzentwurf keine einzige Silbe wert ist.

Chancenjahr in der Kita statt Gruppensprachkurse

Nimmt man nun diese Kritik ernst, dann ergibt sich ein anderer Ansatz. Statt als Gruppensprachkurse getarnte Sprachunterrichtskurse wird ein Chancenjahr in der Kita etabliert, um die Startbedingungen von Kindern zu verbessern:

Dieses ist ausgelegt auf eine ganzheitliche Förderung und Bildung der Kinder über den Tag verteilt am spezifischen Förderort Kita und eingebettet in die täglichen Routinen der frühkindlichen Bildung. Es beruht auf einem ganzheitlichen Screening mit 4,5 Jahren, das die

[2] https://rp-online.de/nrw/landespolitik/nrw-staedte-schlagen-vorschulklassen-an-den-grundschulen-vor_aid-143769573 (zuletzt geöffent am 02.03.2026)
[3] https://kommunen.nrw/themen/schule-kultur-und-sport/erfolg-der-abc-klassen-nur-mit-verbindlicher-beteiligung-der-kommunen-moeglich/ (zuletzt geöffnet am 02.03.2026)

Entwicklungs- und Teilhabedokumentation der Erzieherinnen und Erzieher ebenso einbezieht wie die Expertise der Schule und der Medizin. Kitas werden nach Bedarf mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet, um die Förderung von Sprache, Motorik und sozial-emotionalen Fähigkeiten im Chancenjahr zu intensivieren. Alltagsintegrierte Ansätze schließen dabei Gruppen- und Einzelförderungen auf der Grundlage des individuellen Unterstützungsbedarfs keineswegs aus. Dafür müssen jedoch Zeit und Raum gewährt werden, statt - wie aktuell geplant - den Fachkrafteinsatz zurückzufahren. Damit das Chancenjahr für die Kinder gelingt, ihre Kompetenzen und Bildungschancen wirksam unterstützt und verbessert werden, müssen die Kitas als Bildungs- und Lernorte gestärkt werden. Die Kitas müssen durch Zeit und Ressourcen auch für Fort- und Weiterbildung der Teams begleitet und zusätzlich durch Fachpersonal unterstützt werden.

Dafür muss das System der frühkindlichen Bildung durch die Landesregierung priorisiert werden und die bisherigen Vorgaben im Schulgesetz und im KiBiz zur Kooperation am Übergang konkretisiert, ausgebaut und von beiden Seiten verbindlich umgesetzt werden. Ein verbindendes Glied sind hier die Familienzentren in Kitas und an Grundschulen. Hier findet sich sozialpädagogisches Fachpersonal, eine Verbindung in die Schule und in die Kita, sowie die Kooperation mit weiteren Unterstützungssystemen für Familien in der Kommune, wie Familienberatung, Familienbildung oder der niedrigschwellige Kontakt zum Jugendamt.

Durch eine verbindliche Kooperation der Familienzentren beider Institutionen, wird der Übergang der Kinder erleichtert, weil so steuerungsrelevantes Wissen mit dem Kind weitergegeben werden kann. Dies kann ein erster Schritt zu sinnvoller daten- und evidenzbasierter Steuerung von Anfang an sein. Wenn bestehende Systeme systematisch und an den Interessen und dem Wohl des Kindes orientiert ausgebaut werden, muss kein Kind zurückgelassen werden.

II. Feststellung

Der Landtag stellt fest, dass

- der Referentenentwurf zu den sogenannten ABC-Klassen und der Gesetzentwurf zur KiBiz-Revision hinter gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen und Empfehlungen zurück bleiben. Sie ignorieren, dass alltagsintegrierte Ansätze der Sprachförderung sich gegenüber additiven Sprachkursen als überlegen erweisen und entsprechend ausgebaut und gefördert werden müssen.
- diese Entwürfe die Bildungspotentiale der Kitas drastisch schmälern und beschädigen, um stattdessen teure und wenig effektive Doppelstrukturen zu etablieren, mit denen Mittel verschwendet werden, die in der frühkindlichen Bildung besser aufgehoben wären.
- allein für Fahrdienste, Raummieten und Materialien Zusatzkosten von mehr als 200 Millionen Euro entstehen, die für Logistik verbraucht, statt für die Stärkung der Kinder eingesetzt zu werden.
- die Entwürfe weder einen Ansatz noch ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer durchgehenden Sprachförderung erkennen lassen, geschweige denn die Entwicklung des Kindes des Kindesganzheitlich betrachten, um neben sprachlichen auch die motorischen und sozial-emotionalen Bedarfe in den Blick zu nehmen, wie sie in der Bildungs- und Teilhabedokumentation in der Kita regelmäßig stattfindet.
- der Ansatz der Gruppensprachkurse rein defizitorientiert operiert, Kinder aus dem Kita-Alltag reißt und eine frühe Stigmatisierung der Kinder befördert.
- die Entwürfe keinen Ansatz zur verbesserten Kooperation der beiden Systeme enthalten, die für einen gelingenden Übergang Kita-Grundschule entscheidend sind, und im Fall der Gruppensprachkurse sogar vollständig ausblenden.

III. Beschlussfassung

Der Landtag lehnt den im Referentenentwurf zum 18. Schulrechtsänderungsgesetz verankerten Ansatz, der Sprachförderung durch Gruppenkurse außerhalb der Kita vorsieht, ab und fordert stattdessen die Etablierung eines mit zusätzlichen Ressourcen ausgestatten Chancenjahrs in der Kita.
Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

- die Gesetzentwürfe zum KiBiz und zu den ABC-Klassen auf Eis zu legen und zunächst einen vom Kinder-,Jugend- und Familienministerium - und vom Schulministerium gemeinsam getragenen und mit den Partnern der frühkindlichen Bildung (Verbänden, Gewerschaften und Kommunen) abgestimmten Gesetzentwurf zum Chancenjahr in der Kita vorzulegen, der einen ganzheitlichen Förderansatz für Kinder in der Kita vor der Einschulung und zudem (nach Hamburger Vorbild) ein durchgehendes, anschlussfähiges und aufeinander abgestimmtes Sprachförderkonzept in Kita und Primarstufe enthält. Dieser Gesetzentwurf soll sich an folgenden Eckpunkten orientieren:

    - der Gesetzentwurf soll ein Sreeningverfahren für Kinder im Alter von 4,5 Jahren vorsehen, das auf der Bildungs- und Teilhabedokumentation in der Kita fußt, standardisierte Beobachtungsverfahren und eine vorgezogene Anmeldung mit Vorstellung des Kindes in der Schule umfasst.
    - für Kinder mit einem ausgeprägten Förderbedarf, insbesondere ihrer sprachlichen Kompetenzen, ist der Kita-Besuch im Chancenjahr vor der Einschulung mit einem Umfang von mindestens 35 Stunden verpflichtend.
    - zu Beginn des Chancenjahres erfolgt für die Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf eine Förderdiagnostik, um einen individuellen Förderplan zu erstellen.
    - die gezielte Förderung erfolgt neben der alltagsintegrierten Sprachförderung eingebettet in die soziale Umwelt der Kinder durch Gruppen- und Einzelförderung und kann bei Bedarf entsprechend dem individuellen Unterstützungsbedarf durch additive Maßnahmen während des Kita-Tages ergänzt werden.
    - im Chancenjahr werden die Kinder auch in ihren (fein)motorischen, emotionalen und kognitiven Kompetenzen gezielt gefördert.
    - damit das Chancenjahr für die Kitas gelingt, müssen die Kitas als Bildungs- und Lernorte gestärkt werden. Sie müssen durch Zeit und Ressourcen für Fort- und Weiterbildung des Teams begleitet und durch zusätzliches und spezifisch qualifiziertes Fachpersonal unterstützt werden.
    - dafür wird an die Erfahrungen der Sprachkitas und der Sprachkita-Förderprogramme angeknüpft und deren Strukturen ausgebaut.
    - der Gesetzentwurf soll einen intensiven Austausch zwischen den Kitas und der Grundschule im Sozialraum institutionalisieren. Dazu gehören wechselseitige gegenseitige Hospitationen. Durch eine vertiefte und für Kita wie Schule verbindliche Zusammenarbeit beider Institutionen im Chancenjahr werden die Kinder besser auf den Übergang in die Schule vorbereitet.

- der Gesetzentwurf soll keinen massenhaften Kindertransport zu einer anderen Bildungsinstitution vorsehen. Etwa 95 Prozent der Kinder in Nordrhein-Westfalen besuchen bereits heute im Jahr vor der Einschulung eine Kita. Daher ist das der geeignete Förderort.
- die Qualität der frühkindlichen Bildung in NRW zu stärken, die alltagsintegrierte Sprachförderung qualitativ weiter zu entwickeln, die Kitas auskömmlich zu finanzieren und dabei angemessene Ressourcen für das Chancenjahr zu berücksichtigen.
- auf die Absenkung der Qualitätsstandards und damit der Fördermöglichkeiten in so genannten Randzeiten zu verzichten.

- die Familienzentren und die Familiengrundschulzentren in Kooperation mit Trägern und Kommunen als Einrichtungen zu stärken, die die Kitas bei der Gestaltung des Chancenjahres fachlich und personell unterstützen und die Kooperation von Schule und Kita fördern.
- die frühkindliche Bildung in der bildungspolitischen Agenda zu priorisieren und den Ausbau von Kitaplätzen in Nordrhein-Westfalen voranzutreiben, da der frühzeitige und mehrjährige Besuch einer Kita nachweislich positive Auswirkungen auf die Sprachkompetenz und den Bildungserfolg hat. Insbesondere die Zugangschancen in benachteiligten Sozialräumen müssen in Zusammenarbeit mit Kommunen und Trägern verbessert werden.
- eine Fachkräfteoffensive für Elementar- und Primarbereich zu etablieren, um die Systeme zu stabilisieren und eine qualitative Stärkung zu ermöglichen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Dr. Dennis Maelzer
Christian Dahm
Frank Müller
Christin Siebel
Dilek Engin
Justus Moor

und Fraktion